



Angst vor den jüngsten Kämpfen: Zwei Flüchtlinge aus Birma in der thailändischen Grenzstadt Mae Sot am Montag Foto: reuters

Sieg, Betrug und Flucht

BIRMA Juntanahe Partei reklamiert Wahlsieg, Oppositionsparteien erheben Vorwürfe

AUS MAE SOT NICOLA GLASS

Die von der Militärjunta unterstützte Partei USDP hat sich am Dienstag wie erwartet zum Sieger der ersten Parlamentswahl seit 20 Jahren erklärt. Ein Parteisprecher reklamierte 80 Prozent der gewählten Abgeordneten für die USDP. Die Wahlen vom Sonntag ist von westlichen Regierungen als „nicht frei und nicht fair“ kritisiert worden. China dagegen lobte sie als „kritischen Schritt auf Birmas Weg zur Umsetzung eines siebenstufigen Plans zur Machtübergabe an eine gewählte Regierung“.

Am Dienstag sind die meisten Menschen, die seit Sonntag aus dem östlichen Grenzstadt Myawaddy nach Thailand geflohen waren, zurück nach Birma gezogen. Offizielle Stellen in Thailand sprachen von 20.000 Menschen, die vor Kämpfen ins thailändische Mae Sot geflohen waren. Dort diente ein Fußballfeld unweit des Grenzübergangs vielen als Zufluchtsort.

Eine Gruppe erschöpft und ausgezehrt aussehender Frauen

harrte dort gestern im Gras aus. „Wir wissen gar nicht, wie es zu der Gewalt kommen konnte, uns wurde nur gesagt, dass wir uns in Sicherheit bringen sollten“, berichteten sie der taz. Als sie dann am Grenzfluss waren, hörten sie schon Schüsse. Ein junger Mann hatte neben seiner Familie auch seine Nachbarn mit in das provisorische Camp gebracht. „Regierungsgruppen haben in die Luft geschossen, dann brachen die Gefechte aus.“

In der birmesischen Grenzhandelsstadt Myawaddy war es am Montag zu heftigen Kämpfen zwischen Regierungsgruppen und Mitgliedern einer Rebellenorganisation gekommen. Die Kämpfe flauten Berichten zufolge inzwischen wieder ab, nachdem die Rebellen zum großen Teil vertrieben worden waren.

Anlass der Kämpfe waren die Wahlen vom Sonntag. Eine Abspaltung der regimetreuen Rebellenorganisation Democratic Karen Buddhist Army (DKBA) hatte in Myawaddy gegen die Abstimmung protestiert und eine Post- und eine Polizeistation be-

Es wird eine Offensive gegen bewaffnete Gruppen der Minderheiten befürchtet

setzt. Beobachter an der Grenze berichteten der taz, die Rebellen seien aufgetaucht, nachdem Regierungsgruppen Wähler eingeschüchert und bedroht hätten.

Der Umengang war schon im Vorfeld heftig kritisiert worden. Zur Wahl durfte die unter Hausarrest stehende Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi nicht antreten. Deshalb boykottierte ihre Partei die Abstimmung und wurde darauf für aufgelöst erklärt. Nach Meinung von Kritikern diene die Wahl vor allem dazu, dem Regime einen legitimen Anstrich zu geben.

Die DKBA-Splittergruppe hingegen protestierte gegen die Forderung des Militärregimes, dass sich Rebellenorganisationen in Form von Minderheiten bewohnten Gebieten vor den Wahlen in

eine sogenannte Grenzschutztruppe hatten umwandeln und damit unter den Befehl der Junta stellen sollten. Das lehnen viele bewaffnete Minderheitsgruppen ab. Darauf wurden die Wahlen in 3.400 Dörfern mit rund 1,5 Millionen Einwohnern abgesagt.

Der Umengang war auch von massiven Betrugsvorwürfen begleitet. Jene Oppositionsparteien, die sich zur Teilnahme entschlossen hatten, wollen jetzt das Ergebnis nicht anerkennen. Doch werden sie nicht viel machen können.

Jetzt wird befürchtet, dass die Junta in einigen Minderheitsgebieten Offensiven vorbereitet, mit denen sie Verweigerer unter den ethnischen Rebellen in die Knie zwingen will. Nach den Kämpfen in Myawaddy wird jetzt befürchtet, dass sich dies in anderen Grenzregionen wiederholen könnten. Fast zeitgleich zur Gewalt in Myawaddy wurden Gefechte von dem rund 160 Kilometer südlicher gelegenen Dreipagoden-Pass gemeldet. Von dort flohen bis zu 5.000 Menschen nach Thailand.

LESERINNENBRIEFE

die tageszeitung | Rudi-Dutschke-Str. 23 | 10969 Berlin
briefe@taz.de | www.taz.de/Zeitung

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von LeserInnenbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der taz wieder.

Wechsel zu AKW-freiem Strom

■ **betr.:** „Massenhafte Selbstermächtigung“, taz vom 8. 11. 10.

Widerstand XXL? Massenhafte Selbstermächtigung? Ist ja schön, dass so viel los war, aber bitte auf dem Teppich bleiben: Es waren vielleicht ein Prozent der Bürger da, die die Laufzeitverlängerung der AKW ablehnen! Und der Rest? Keine Zeit, kein Reisegeld, keine Lust, keine Kraft, zu viel Angst?

Wie auch immer: Die effektivste Möglichkeit, den Atomwahn zu stoppen, steht uns auch zu Hause offen: der Wechsel zu AKW-freien Stromanbietern! Der kostet uns keine 50 Millionen Euro Steuerergänzung für den Polizeischutz (die dann wieder beim Sozialen eingespargelt werden), und die Atomkonzerne wären, wenn wir alle unsere Trägheit überwinden würden, über Nacht gezwungen, auf Erneuerbare umzusteigen oder ihren Laden dichtzumachen! Wir haben doch längst die (Konsumenten-)Macht. Warum nutzen wir sie nicht?

SABINE MIEHE, Marburg

Grüne Doppelmoral

■ **betr.:** „Annäherungsversuch“, taz vom 8. 11. 10

In der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP in Bielefeld 2010–2014 vom Herbst 2009 heißt es über die Zukunft der Stadtwerke Bielefeld: „Das Gemeinschaftskraftwerk Grohnde soll bis 2018 bzw. bei Laufzeitverlängerung durch Änderung der Beschlusslage bis zum Laufzeitende genutzt werden.“ Das heißt faktisch, dass die Stadtwerke Bielefeld von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP „Grünes Licht“ für eine Weiternutzung der Atomenergie aus Grohnde auch über 2018 hinaus bekommen haben, noch ehe die Bundesregierung eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke beschlossen hat! Am AKW Grohnde sind die Stadtwerke Bielefeld zu 16,67 % beteiligt und beziehen von dort 53 % ihres Stroms. Laut dem Atomausstiegsbeschluss der rot-grünen Bundesregierung aus dem Jahr 2000 sollte Grohnde Mitte 2018 abgeschaltet werden.

In Bielefeld unterstützen die Grünen damit eine Weiternutzung des Stroms aus dem AKW Grohnde über 2018 hinaus und produzieren so über die Beteiligung der Stadtwerke Bielefeld an Grohnde neue Castortransporte. Beim Protest in Gorleben präsentieren sie sich als Atomkraftgegner. Welch Heuchelei! MARTIN SCHMELZ, Bielefeld

Protest wird Widerstand

■ **betr.:** „Widerstand XXI“, taz vom 8. 11. 10

„Protest ist, wenn ich sage, das und das passt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür Sorge, dass das, was mir nicht passt, nicht länger geschieht.“ (Geäußert während der Internationalen Vietnam-Konferenz 1968) Es ist schön zu sehen, dass die Zeit des Protests offensichtlich vorbei ist und der Protest anfängt zum Widerstand zu werden, um dieses Land wieder etwas lebenswerter zu machen.

ECKART LÖHR, Essen

Wie eine Träne im Ozean

■ **betr.:** „Grube will flüsternde Güterbahnwaggons“, taz vom 2. 11. 10

Bahnchef Rüdiger Grube möchte 1.250 seiner Güterwagen mit leisen Bremsen ausrüsten, die dem Stand der Technik entsprechen. Das ist löblich, doch letztlich wie eine Träne im Ozean von 100.000 Lärmgüterwagen der Deutschen Bahn. Hinzu kommen einige zehntausend ebenso veraltete Güterwagen von privaten Eisenbahnverkehrsunternehmen, Speditionen und Waggonverleihern. Die Politik will, dass mehr Güter auf der Schiene transportiert werden, um den völligen Verkehrskollaps durch Lkw auf den Autobahnen hinauszuzögern. Somit steht insbesondere der Bund in der Verantwortung, als Gesetzgeber und als (noch) alleiniger Eigentümer der Deutschen Bahn, für einen menschenfreundlichen Güterverkehr Sorge zu tragen. Das bedeutet Minimierung von Lärm und Erschütterungen. Das das möglich ist, zeigt das Beispiel Schweiz: Dort sind mittlerweile alle Personen- und Güterwagen lärmsaniert, eine Volksabstimmung machte es möglich.

Die Forderung der kürzlich gegründeten Bahnlärm-Initiative Bremen nach Lärmsanierung alter Güterwagen wird auch von der Handelskammer Bremen unterstützt. Denn der Handelskammer ist bewusst: Der Wirtschaftsverkehr kann nur reibungslos laufen, wenn er in der Bevölkerung auf Akzeptanz stoßen. Die Auseinandersetzung um „Stuttgart 21“ macht deutlich, was passieren kann, wenn Politiker und Bahn eine faire Bürgerbeteiligung vernachlässigen.

WALTER RUFFLER, Bremen

„Kritische Journalisten braucht niemand“

RUSSLAND Der Moskauer Medienexperte Michail Melnikow über die jüngsten brutalen Angriffe auf Reporter

taz: Herr Melnikow, am vergangenen Samstag wurde der Journalist Oleg Kaschin in Moskau zusammengeschlagen, zwei Tage später sein Kollege Anatoli Adamschuk schwer verletzt. Wieso häufen sich diese Angriffe gerade jetzt?

Michail Melnikow: Ich würde nicht sagen, dass diese Verbrechen häufiger als sonst passierten. Die Medien berichten nur über derartige Angriffe in Moskau. Ich weiß aber gar nicht, wie viele Journalisten in Tomsk, Irkutsk, Saratow und anderen Städten täglich unter Druck gesetzt und verletzt werden. Jedes Verbrechen gegen Mitarbeiter von Medien ist eine Tragödie für unser Land. Es ist ein wichtiger Indikator für das Verhältnis zwischen der Regierung, den Medien und der Gesellschaft.

Und wie sieht dieses Verhältnis aus?

Tragisch. Es gibt viele Journalisten, die kritisch schreiben und viel riskieren, um wichtige Informationen zu verbreiten. Das Problem ist, dass niemand diese

Journalisten braucht. Jeden Tag erscheinen Artikel, in denen wichtige Missstände aufgedeckt werden. Am 5. Dezember 2009 wurden 159 Menschen bei einem Brand in einem Nachtclub in Perm getötet. Die Journalisten hatten vorher geschrieben, dass die Löschanlage dort sehr schlecht ist. Das hat aber nichts bewirkt. Die Menschen in Russland glauben nicht an den Wert von Informationen.

Warum werden Journalisten unterdrückt, wenn die Information in Russland keinen Wert hat? Haben die Mächtigen trotzdem Angst von der Presse? Natürlich haben sie Angst. Heute können Informationen über das Internet sehr schnell verbreitet werden. Die Machthaber haben aber kein Interesse daran, dass Skandale publik werden. Und dann wird da eben ein Angriff auf einen Journalisten organisiert, nach der Devise: Kein Mensch – kein Problem. Präsident Dmitri Medwedjew hat versprochen, die Ermittlungen im Fall Kaschin persönlich

zu beaufsichtigen. Glauben Sie, dass die Täter diesmal gefunden und bestraft werden?

Ich würde gern daran glauben. Die Tendenz zeigt aber, dass solche Verbrechen nie aufgedeckt werden. Meine einzige Hoffnung ist, dass die Zeitung *Kommersant*, für die Oleg Kaschin arbeitet, reich und stark genug ist, um eigene Ermittlungen zu führen. Der „Kommersant“ hat am Montag einen offenen Brief auf seiner Titelseite veröffentlicht: „Die Journalisten in Russland müssen endlich geschützt werden.“ Wie könnte das geschehen?

Zuallererst brauchen alle Journalisten eine Lebensversicherung. Derzeit haben wir nicht einmal eine Gewerkschaft für Journalisten. Im Justizapparat grassieren Korruption und Willkür. Die Rechtsschutzorgane müssen jedoch funktionieren und die Verbrechen bestrafen. Unsere Gesetze geben das her. Aber oft enden Ermittlungen ergebnislos, weil irgendeine politische Kraft sie hintertreibt.

Und was können die Journalisten selbst tun?

Sie müssen sich gegenseitig unterstützen. Heute ist der Angriff auf Oleg Kaschin ein Topthema. In wenigen Tagen werden sich aber nur noch die Freunde und Verwandten Kaschins für die Ermittlungen interessieren. Die Medien müssen immer wieder darüber berichten, Antworten und Ergebnisse fordern. Außerdem sollte sich ein Journalist nicht allein mit riskanten Themen beschäftigen. Wenn Menschen zusammenarbeiten, ist es viel schwieriger, sie mundtot zu machen.

INTERVIEW: ADILVA ZARIPOVA

Michail Melnikow

■ 59, ist Experte für russische Medien. Seit November 2001 ist er am Moskauer Zentrum für „Journalismus in Extremsituationen“ tätig.



Foto: Archiv

»Die Amerikaner brauchen vielleicht das Telefon, wir aber nicht. Wir haben sehr viele Eilboten.«

Sir William Preece, Chefingenieur der britischen Post, 1896

.....
Alles über die Zukunft von heute in der neuen

EDITION • LE MONDE diplomatique

Nr. 8 »Nano. Gen. Tech. Wie wollen wir leben?«

.....

Bestellen: www.monde-diplomatique.de